

Antwort der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine des Wasserkraftverbandes

1. Wissenschaftlicher Einfluss auf politische Entscheidungen

Wie wollen Sie sicherstellen, dass wissenschaftliche Fakten in ausreichendem Maße bei politischen Entscheidungsfindungen Berücksichtigung finden?

Für DIE LINKE ist wissenschaftsbasierte Entscheidungsfindung eine der wichtigsten Voraussetzungen für zukunftsorientierte Politik. Dies sollte selbstverständlich sein und widerspiegelt sich auch darin, dass es bei Anhörungen und Fachgesprächen in den Ausschüssen des Landtages stets unser Anliegen ist, neben Praktikern insbesondere Vertreter*innen wissenschaftlicher Einrichtungen anzuhören. Auch für die eigene Tätigkeit nutzen wir immer wieder Gespräche mit Wissenschaftler*innen und Kooperationen mit Forschungseinrichtungen, um u.a. wissenschaftliche Gutachten in Auftrag zu geben.

2. Deutschland genießt weltweit einen Ruf als vorzüglicher Standort für Wissenschaft und Technik, insbesondere auch im Bereich der Erneuerbaren Energien:

a) Was sieht Ihr Partei-Programm vor, um dieses hohe Niveau zu halten oder zu stärken?

DIE LINKE fordert in ihrem Wahlprogramm den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Damit soll insbesondere ein wesentlicher Beitrag geleistet werden, um die Klimaziele zu erreichen. Es geht aber auch darum, gerade Sachsen-Anhalt als wichtigen Standort für die Produktion von Anlagen der Erneuerbaren Energien sowie deren Erzeugung zu erhalten und vor allem nach den Rückschlüssen der letzten Zeit weiter auszubauen. Wir sehen hier in erster Linie die Förderung des Mittelstandes, regionaler Wirtschaftskreisläufe, von Forschung und Entwicklung sowie den Ausbau der Digitalisierung als wichtige Stellschrauben für eine erfolgreiche Entwicklung. Wir wollen z.B. auch kleine und mittlere Unternehmen unterstützen, um dauerhafte Forschungskapazitäten aufzubauen. Dabei setzen wir auch verstärkt auf Kooperationsmodelle.

b) Welche Rolle spielen dabei die europäischen Forschungsförderprogramme? Sollte man sich da stärker engagieren oder die Ressourcen eher in Deutschland investieren?

Die Klimakrise ist ein globales Problem. Europa steht hier aufgrund des hohen Grades der Industrialisierung und damit des hohen Anteils an der Emission von Treibhausgasen insgesamt in besonderer Verantwortung. Deshalb sind sowohl in Deutschland als auch Europa alle Anstrengungen zu unternehmen, um der Klimakrise zu begegnen. Eine europaweite Forschungsförderung kann dabei die Chance erhöhen, einerseits diversifizierte Forschungsansätze zu fördern und andererseits auch für mehr Synergieeffekte zu sorgen. Europäische und nationale Förderprogramme stehen daher für uns nicht als Alternativen gegenüber, sondern sollen sich ergänzen und die Effekte verstärken und beschleunigen. Dafür muss die Finanzierung der Hochschulen im Land deutlich erhöht und verstetigt werden, um entsprechende Forschungskapazitäten aufzubauen und die Ergebnisse in Verbindung mit einer aktiven Ansiedlungspolitik im Umfeld der Hochschulen auch praktisch nutzbar zu machen.

c) Wie wollen Sie die deutsche Industrie anderen gegenüber wettbewerbsfähig machen und ein Klima für mehr Unternehmensgründungen schaffen?

Die Industrie in Sachsen-Anhalt ist vorwiegend von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt. Deshalb gilt dem Mittelstand unsere besondere Unterstützung zum Beispiel durch Bürokratieabbau und vor allem auch bei der Unternehmensnachfolge. Zunehmend geraten sie unter Druck, weil Fachkräfte fehlen. Auch hier wollen wir gezielte Maßnahmen zur Fachkräftesicherung umsetzen. Nur so lassen sich Innovationen und Zukunftsfähigkeit auch umsetzen.

Zur Belebung der einheimischen Wirtschaft sind Start-ups und andere Neugründungen mit kreativen, innovativen und nachhaltigen Ideen unerlässlich. Sie brauchen Unterstützung bei der Akquirierung von Risikokapital aber auch bei der Vernetzung. Hier setzen wir an und fördern Unternehmensnetzwerke aus verschiedenen Branchen sowie Wissenschaft und Forschung, innovative Arbeitsformen und Formate zur Bekanntmachung fördern. Das setzt auch voraus, dass wir das ungenutzte Potential in Sachsen-Anhalt analysieren und in eine Existenzgründungsstrategie einfließen lassen. Wir wollen ausdrücklich Frauen zur Selbstständigkeit ermutigen.

3. Eine nachhaltige Entwicklung ist unumgänglich, um die schwindenden natürlichen Ressourcen, unsere Lebensgrundlagen, besser zu schützen:

a) Welchen Raum nehmen Fragen der nachhaltigen Entwicklung in Ihrer Politik ein?

Für uns spielt die nachhaltige Entwicklung eine entscheidende Rolle – in allen Bereichen. Ressourcenverbrauch, Treibhausgasemission, Raubbau an Natur und Umwelt, Flächenfraß dürfen so nicht fortgesetzt werden. Es ist verfassungswidrig, die Lebensgrundlagen nachfolgender Generationen dauerhaft zu gefährden und deren Freiheiten damit einzuschränken, was das Bundesverfassungsgericht in seinem jüngsten Urteil zum Klimaschutzgesetz bestätigt hat. Daher wollen wir, dass bei allen Projekten und Vorhaben nicht der kurzfristige Profit, sondern die Auswirkungen auf Menschen, Natur und Klima berechnet werden, bevor es an die Umsetzung geht. Entsprechende Vorgaben und Auflagen sind konsequent einzuhalten und bei Verstößen gegen das Umweltrecht befürworten wir auch härtere Strafen. Gleichzeitig sind wir der Meinung, dass man mit Bildung für nachhaltige Entwicklung nicht früh genug anfangen kann und diese deshalb auch noch stärker in Bildung und Ausbildung zu verankern ist.

b) Sehen Sie die Notwendigkeit, noch mehr für den Schutz von Klima und Umwelt zu unternehmen?

Diese Frage ist mit einem eindeutigen Ja zu beantworten. In Anbetracht der immer weiter vorschreitenden rücksichtslosen Ausbeutung der Natur (Wasser, Boden, Luft) gibt es dazu keine Alternative. Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass u.a. auch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien durchaus Konflikte entstehen. Hier plädieren wir deshalb für umfassende Abwägungsprozesse unter Beteiligung aller Interessengruppen, um die Auswirkungen auf die Umwelt zu minimieren.

c) Wie sollte Ihrer Ansicht nach, die Energiewende gemeistert werden?

Wir verweisen hier u.a. auf die Antworten unter 2a), 3a) und 3b). Ein Gelingen der Energiewende hängt in entscheidendem Maße von der Akzeptanz der notwendigen Maßnahmen in

der Bevölkerung ab. Hier sehen wir erheblichen Nachholbedarf. Wir wollen u.a., dass die Menschen in der Nähe von Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien auch direkt davon profitieren, z.B. durch günstigen Strom und Wärme. Außerdem sollen mehr Möglichkeiten zur Beteiligung von Menschen und Kommunen an solchen Anlagen geschaffen werden. Wir halten es für dringend geboten, dass an die Standortkommunen von Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energie eine verbindliche Abgabe gezahlt wird. Außerdem soll die Gründung von Bürger- und Energiegenossenschaften unterstützt werden.

Nicht zuletzt spielt aber auch die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand eine wichtige Rolle beim Gelingen der Energiewende. Hier hat sich das Land Sachsen-Anhalt bisher kaum auf den Weg gemacht, um z.B. auf breiter Front Auf-Dach-Solaranlagen auf landeseigenen Liegenschaften zu installieren. Neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien sind aber dringend weitere Maßnahmen erforderlich, um die Energiewende zu bewältigen. Dazu gehören die Sekorenkopplung, die Entwicklung von Speichern, aber auch die Energieeinsparung und Energieeffizienz. Wenn wir erfolgreich sein wollen, dann brauchen wir eine Energie-, Wärme-, Verkehrs- und auch Ernährungswende.

4. Wasserkraft als verlässliche Energieressource:

a) Welchen Stellenwert hat die Nutzung der Wasserkraft in Ihrer Partei bei der wirtschafts- und energiepolitischen Ausrichtung?

b) Wie sieht Ihre Partei die zukünftigen Chancen der Kleinwasserkraft?

Die Wasserkraft ist ein wichtiger Bestandteil im Mix der Erneuerbaren Energien. Sie sorgt für regionale Wertschöpfung und entspricht dem Prinzip der dezentralen Energieerzeugung, die wir anstreben. Konkrete Ausbauziele haben wir in unserem Wahlprogramm jedoch nicht vorgesehen. Gleichzeitig stehen Wasserkraftwerksbetreiber und das Land in der Pflicht, die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie zu erfüllen. Hier ist in Sachsen-Anhalt schon Einiges geschehen. Aus unserer Sicht müssen die Anstrengungen zur Gewässerdurchgängigkeit und Verbesserung des ökologischen Zustandes aber verstärkt werden. Dabei müssen die Wasserkraftwerksbetreiber durch das Land unterstützt werden. Auch hier kommt es darauf an, dass die Nutzung der Wasserkraft und die dafür notwendigen Maßnahmen in der Bevölkerung eine bessere Akzeptanz finden. Dafür sind moderierte Dialogverfahren zum Ausgleich der Interessen ein wichtiger Beitrag.

c) Wie beurteilt Ihre Partei das Ausbaupotenzial für die Nutzung der Wasserkraft?

d) Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, denkmalgeschützte und die Kulturlandschaft prägende Wasserkraftanlagen nachhaltig und wirtschaftlich zu erhalten?

Ob ein weiterer Ausbau der Wasserkraft in Sachsen-Anhalt möglich ist, ist anhand streng wissenschaftlicher Kriterien (siehe dazu auch unsere Antwort auf Frage 1) zu prüfen. Die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie und des Wasserhaushaltsgesetzes zur Durchgängigkeit sind in Sachsen-Anhalt sehr streng und wir sind von einem ökologisch guten Zustand der Gewässer noch recht weit entfernt. Beim Bau neuer Anlagen muss u.a. dem Fischschutz z.B. durch funktionierende Fischaufstiegsanlagen und funktionierende Leitrechensystem ausreichend Rechnung getragen werden.

Die letzten Jahre mit ihren extrem geringen Niederschlägen und in der Folge den niedrigen Pegelständen der Gewässer haben gezeigt, dass auch die Wasserkraft erheblich beeinträchtigt

werden kann. Zudem hat die Dürre enorme negative Auswirkungen auf die Gewässerqualität. Sollten nach wissenschaftlicher Analyse Entscheidungen für einen moderaten Ausbau der Wasserkraft getroffen werden, sind strenge Auflagen, Maßnahmen und gesetzliche Regelungen zur Einhaltung und Kontrolle von Naturschutzauflagen notwendig.

Unter solchen Rahmenbedingungen ist die Erhaltung denkmalgeschützter Wasserkraftanlagen wünschenswert, die ja technisches Denkmal und die Kulturlandschaft prägende Elemente sind. Regelungen zu Altrechten und wasserrechtlichen Bewilligungen sollen dabei geprüft werden. Ansonsten finden sich flankierende Vorgaben im EEG.

e) Wie will Ihre Partei die Arbeitsplätze im wirtschaftlichen Umfeld der Wasserkraft dauerhaft sichern und ausbauen?

Wir erachten den Erhalt von Bestandsanlagen unter Einhaltung der notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Gewässer nach Wasserrahmenrichtlinie und Wasserhaushaltsgesetz für richtig und damit für den Erhalt der vorhandenen Arbeitsplätze im wirtschaftlichen Umfeld der Wasserkraft. Ein weiterer Ausbau von Arbeitsplätzen ist abhängig von den unter c) genannten Bedingungen zum Ausbau der Wasserkraft generell.

f) Was wird Ihre Partei unternehmen, um den Bau und die Reaktivierung von Wasserkraftanlagen zu fördern, damit deren Betrieb in einem ökologisch-ökonomischen Gleichgewicht ermöglicht wird?

Hierzu wird auf die Antworten zu a) – d) verwiesen.

5. Warum sollten unsere Mitglieder und deren Angehörige und Familien Ihre Partei wählen?

DIE LINKE setzt sich als einzige Partei konsequent für den sozial-ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne einer nachhaltigen Sicherung der Lebensgrundlagen nachfolgender Generationen ein. Die Klimakrise stellt uns vor große Herausforderungen, die nur mit einer durchgreifenden Energie-, Wärme-, Verkehrs- und Ernährungswende zu meistern sind. Durch die damit verbundenen Kosten darf sich aber die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht vertiefen. Strom, Wärme, Mobilität, Wohnen und Nahrung müssen auch unter den Bedingungen eines verstärkten Klima- und Umweltschutz in Zukunft von jedem bezahlt werden können.

Deshalb müssen die Lasten dieser Transformationsprozesse gerecht verteilt und mögliche soziale Auswirkungen für die schwächeren Mitglieder der Gesellschaft vermieden werden. Das erfordert grundlegende Änderungen in der Steuer- und Abgabenpolitik, damit der Sozialstaat im ökologischen Umbau handlungsfähig bleibt und wieder gestärkt wird. Mehr Geld in den öffentlichen Haushalten ist aber auch erforderlich, um den ländlichen Raum endlich stärker zu entwickeln und ihn nicht weiter bei Bildung, Gesundheit, ÖPNV, Kultur usw. ausbluten zu lassen. DIE LINKE nimmt den Verfassungsauftrag zur Herstellung gleicher Lebensverhältnisse ernst. Das alles geht nicht durch immer mehr Wachstum, sondern nur durch eine Umverteilung des vorhanden gesellschaftlichen Reichtums. Das ist der Kern linker Politik!

Außerdem steht DIE LINKE für gute, tariflich entlohnte Arbeit, für friedliche Konfliktlösungen ohne Waffenexporte und für Solidarität statt Ellenbogen, Ausgrenzung und Diskriminierung.